



terstützt, stärkt Saudi-Arabien die Salafisten.

(FOTO: AP)

bien – nehmen auch am Bürgerkrieg in Syrien besonders aktiv teil, wo die Muslimbruderschaft und die dschihadistischen Salafisten die stärksten Gruppen der Opposition gegen das Assad-Regime bilden.

Während die Muslimbrüder in Syrien über die Vizepräsidentin Najah Al-Attar noch über Kontakte zum Regime verfügen und als Syrer eine Verhandlungslösung nicht grundsätzlich ablehnen, sehen die

verschiedenen ausländischen salafistischen Kräfte in Syrien lediglich ein Exerzierfeld des Heiligen Krieges, den sie Jahre und Jahrzehnte weitermachen wollen. Diese Gruppen wurden durch den Umsturz in Ägypten gestärkt. Der Umsturz in Ägypten hat so gesehen die Chancen auf eine Verhandlungslösung in Syrien geschmälert und wird die Zerstrittenheit der syrischen Opposition weiter anheizen.

Schuldspruch für Magnitski

Rehabilitierung des russischen Juristen nicht möglich

Moskau. Ein russisches Gericht hat den toten regierungskritischen Anwalt Sergej Magnitski posthum wegen Steuerbetrugs schuldig gesprochen. Die Täterschaft des 2009 in Haft gestorbenen Juristen sei „eindeutig bewiesen“, sagte Richter Igor Alisow gestern der Agentur Interfax zufolge in Moskau. Das Strafverfahren war international als absurd kritisiert worden, weil sich ein Toter nicht verteidigen könne. Menschenrechtler werfen der Justiz vor, den Ruf des Anwalts nachträglich beschützen zu wollen.

Das Verfahren gegen Magnitski werde formell eingestellt, sagte Alisow. Eine Rehabilitierung sei nicht möglich. Der Richter verurteilte Magnitskis Chef William Browder vom Finanzunternehmen Hermitage Capital in Abwesenheit zu neun Jahren Lagerhaft. „Der Prozess ist ein Versuch, den Tod von Sergej Magnitski zu rechtfertigen“, sagte der Anwalt der Witwe, Dmitri Charitonow. Die Verteidigung hatte die Verhandlung als illegal bezeichnet und ihre Teilnahme verweigert. Hermitage Capital warf Kremlchef Wladimir Putin persönlich vor, Drahtzieher der Anklage zu sein. Putin schütze „korrupte Beamte, die einen unschuldigen Anwalt ermordet“ hätten.

Magnitski hatte Beamte des Innenministeriums beschuldigt, den Staat um rund 200 Millionen US-Dollar geprellt zu haben. Kurz da-



Der regierungskritische Anwalt Magnitski war in Haft verstorben. (FOTO: AP)

rauf war der 37-Jährige unter Vorwürfen des Steuerbetrugs festgenommen worden. Der Fall hatte international für Aufsehen gesorgt. So hatten die USA gegen Funktionäre, die gegen den Anwalt vorgegangen waren, Sanktionen verhängt. Auch andere Staaten erwägen dies.

Interview mit dem früheren außenpolitischen Sprecher von „Die Linke“

„Situation militärisch nicht zu lösen“

Norman Paech gegen Waffenlieferungen an Rebellen in Syrien

INTERVIEW: FRANÇOISE HANFF

Zur Beendigung des syrischen Konflikts ist laut der Meinung von Norman Paech ausschließlich eine Verhandlungslösung möglich. Der emeritierte Hochschulprofessor war von 2005 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und außenpolitischer Sprecher der Fraktion „Die Linke“. Norman Paech hielt vor kurzem eine Konferenz zum Thema „Der Syrienkonflikt und das Völkerrecht“ in der Abtei Neumünster.

■ Die Lage in Syrien wird immer undurchsichtiger. Wie schätzen Sie die Situation ein?

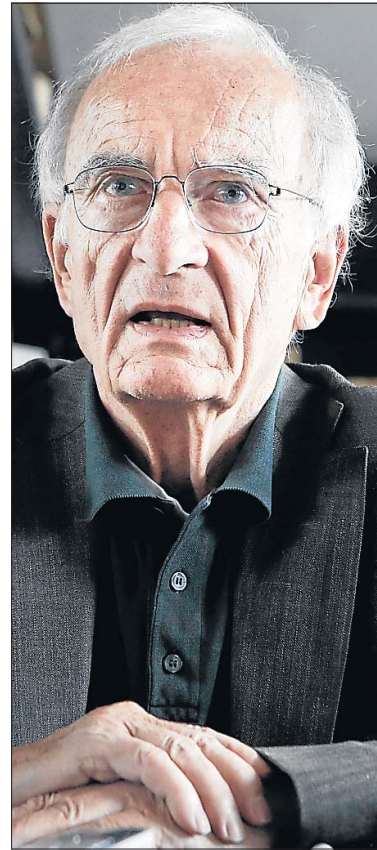
Die Lage ist tatsächlich undurchsichtig, auf der anderen Seite eskaliert die Situation. Die Versuche, eine politische Lösung, z. B. mit der Genfer Konferenz, zu finden, werden durch die Waffenlieferungen an die Rebellen und an Assad konterkariert. Damit wird genau das nicht erreicht, was man will, nämlich Waffenstillstand und eine Verhandlungslösung. Das ist das Problem: Man sagt, man will eine politische Lösung, aber man handelt dagegen, indem man die sich gegenüberstehenden Parteien immer mehr mit Waffen ausrüstet.

■ Besteht nicht die Gefahr eines Flächenbrands?

Ja, das ist vollkommen richtig. Das ist offensichtlich auch die Angst derjenigen, die zwar immer von einer Intervention sprechen, aber dann doch nicht wagen, eine solche durchzuführen. Die ungeheure Anzahl von Flüchtlingen, die in alle Nachbarstaaten dringen, wie die Türkei, Jordanien, Libanon oder den Irak, hat im Grunde diesen Konflikt schon ausgeweitet. Wenn jetzt noch eines der Nachbarländer aktiv hineingezogen wird oder sich hineinbegibt, sei es die Türkei oder auch Israel, oder auch wenn das umgesetzt wird, was François Hollande und David Cameron vor langer Zeit angekündigt haben, dann kommt es wirklich zu einem Flächenbrand im Nahen Osten.

■ Gibt es Ihrer Meinung nach einen Ausweg?

Um es klar zu sagen, militärisch ist die Situation nicht zu lösen. Es wird keinen militärischen Sieger dort geben, sondern nur Chaos, Zerstörung und unendlich viele Tote. Die einzige Lösung ist wirklich die politische. Das hat mehrere Voraussetzungen. Die Waffenlieferungen an alle Seiten müssen gestoppt werden, es muss einen Waffenstillstand geben und anschließend müssen alle beteiligten Parteien an den Verhandlungstisch kommen. Das ist der Vorschlag gewesen für Genf, und der muss auch radikal angegangen werden. Es geht nicht, dass man einerseits davon redet, aber andererseits immer wieder die Gegner aufrüstet. Wie bei all diesen Konflikten ist nur die Verhandlungslösung möglich und wird auch die Katastrophe für die leidende Zivilbevölkerung stoppen können.



Norman Paech: „Waffenlieferungen an beide Seiten müssen gestoppt werden.“ (FOTO: A. ANTONY)

■ Hat die geplante Friedenskonferenz denn eine Chance?

So wie sie im Moment angegangen wird, hat sie keine Chance. Denn die Tatsache, dass die Rebellen eine Vorbedingung formuliert haben, nämlich dass Assad vorher abtritt, wird eine Bedingung sein, auf die dieser nicht eingeht. Und die wohl auch meines Erachtens unrealistisch ist, weil hinter ihm sehr viel mehr Leute stehen als angenommen wird. Laut dem Publizisten Jürgen Todenhöfer stehen 60 Prozent der Bevölkerung wie eine Wand hinter Assad. Das ist etwas, was die Rebellen und ihre Unterstützer einzusehen haben, dass auch Assad an den Verhandlungstisch gehört. Die Russen fordern, dass auch der Iran mitverhandeln soll. Das ist eine realistische Forderung, gerade weil der Iran einer der Hauptakteure in dem Konflikt ist. Der Iran unterstützt Assad und ist sozusagen eine der schiitischen Parteien. Das Land arbeitet mit der Hisbollah zusammen. Deswegen ist es auch notwendig, den Iran heranzuholen. Und wenn das nicht gelingt, dann hat auch diese Konferenz keine Chance. Das heißt, es muss Druck auf die Rebellen ausgeübt werden, damit sie anerkennen, dass es eine gegnerische Seite gibt, die man nicht einfach ignorieren kann.

■ Wie könnte man diesen Druck denn ausüben?

Meines Erachtens wäre es ganz leicht. Man müsste die Waffenlieferungen stoppen. Der nationale Koordinierungsrat besteht ja sowieso aus sehr vielen Exilsyrern und Ausländern, die unter dem Einfluss der USA, Englands oder Frankreichs stehen. Man hat also Einfluss auf diese Kräfte. Auch die Türkei müsste ihren Einfluss geltend machen. Und dann würden auch die sogenannten Rebellen-

Aufständischen an den Verhandlungstisch kommen. Die Voraussetzung dafür wäre ein Stopp der Waffenlieferung, für die man Katar und natürlich auch Saudi-Arabien gewinnen müsste.

■ Sind die Rebellen überhaupt noch zu kontrollieren?

Die Rebellen umfassen unübersehbar viele Fraktionen, aber es gibt einige, die besonders dominant sind. Das sind einerseits die Muslimbrüder und andererseits die Al-Nusra-Front, die wohl lediglich durch Saudi-Arabien und Katar zu disziplinieren wäre. Wenn man die dominanten Kräfte zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen bringt, dann werden auch die kleineren sich anschließen müssen. Bei den Waffenlieferungen sagt man im Westen, man hätte es in der Hand, sicherzustellen, dass die Waffen nur an diejenigen gehen, die nicht den Dschihad ausgerufen haben und ultraradikal sind. Das ist eine Legende. Es hat sich erwiesen, dass das überhaupt nicht stimmt. Es ist ein Vorwand, um die Öffentlichkeit zu beruhigen.

■ Wie legal sind Waffenlieferungen an die Rebellen ...?

Die Waffenlieferungen an die Rebellen sind eindeutig völkerrechtswidrig. Die Rebellen haben nicht den Status, den die Regierung eines Völkerrechtssubjekts, d. h. eines Staates oder einer anerkannten Befreiungsbewegung, hat, so dass man sie mit Waffen unterstützen darf. Man darf sie humanitär, beispielsweise mit Nahrungsmitteln und Medizin, aber nicht einmal mit Training oder Logistik unterstützen. 1986 wurden die USA vom Internationalen Gerichtshof verurteilt, weil sie seinerzeit gegen Nicaragua die Contras unterstützt hatten, beispielsweise mit der Lieferung von Guerilla-Handbüchern. Das wurde schon als schwere Verletzung des Völkerrechts gewertet. Es ist erschreckend, dass das Völkerrecht im Fall von Syrien gar keine Rolle spielt. Das steht auch gar nicht zur Diskussion.

■ ...bzw. an das Assad-Regime?

Die Frage der Waffenlieferungen der Russen ist ebenfalls klar: Das ist erlaubt, denn das ist immer noch die legale Regierung. Sie mag illegitim sein, aber das ist eine politische Wertung. Seit 1979 besteht ein Freundschaftsvertrag zwischen Syrien und Russland, damals Sowjetunion. Auf dieser Basis kann Syrien Hilfe von Russland erbitten, und Russland kann diese legal liefern. Dies ist völkerrechtlich eindeutig, aber natürlich eine bittere Pille für so manchen. Erst wenn die Rebellen einen ähnlichen Status hätten wie die Regierung, d. h. weite Teile des Landes beherrschten und auch weite Teile der Bevölkerung hinter ihnen stünden, dann könnte man sie, ähnlich wie in den 1970er-Jahren die Befreiungsbewegung ANC in Südafrika und die Swapo in Namibia, gegen ihre Gegner mit Waffen versorgen. Aber diesen Status haben die Aufständischen in Syrien nicht.